

PRESSEMITTEILUNG

19. Mai 2011
PM 18/2011

Handlungsbedarf bei sozialen Sicherungssystemen

LandFrauenverband äußert sich zum Gutachten des Sachverständigenrates

„Wir sollen länger und mehr arbeiten, um auch künftig unseren Wohlstand zu erhalten“, bringt Brigitte Scherb, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes e.V. (dlv) die Empfehlungen der Wirtschaftsweisen im Frühjahrsgutachten zum demografischen Wandel auf den Punkt.

Der Sachverständigenrat sieht großen Handlungsbedarf bei den sozialen Sicherungssystemen. „Als Interessenvertreter von Frauen im ländlichen Raum wissen wir, wie typische Frauenerwerbsverläufe aussehen. Sie gleichen einem bunten Flickenteppich, der durch Minijobs, Teilzeitarbeit und Selbstständigkeit im Lebensverlauf immer brüchiger und löchriger wird. Wir sehen auch, dass Arbeitswelt und Sozialsysteme hier immer mehr auseinander driften. Unsere Sorge ist, dass die Alterssicherung der Betroffenen dabei auf der Strecke bleibt und Altersarmut vorprogrammiert ist“, erklärt die Präsidentin.

Der Deutsche LandFrauenverband hat seine Sicht auf die Dinge in einem Positionspapier unter der Überschrift „Rentenversicherungspflicht für alle Beschäftigten!“ zusammengefasst. Das gesamte System der Altersvorsorge gehört nach Auffassung des Verbandes auf dem Prüfstand, denn es verfestigt die Ungleichheiten in den Lebensverlaufsperspektiven von Frauen und Männern.

Nach Aussage der Sachverständigen nimmt die Anzahl der Erwerbspersonen infolge des demografischen Wandels dramatisch ab. Kompensiert werden könne das nur, wenn es gelänge, das Volumen der Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen und das Renteneintrittsalter hinauszuschieben.

„Ich kenne viele Frauen, die gern mehr arbeiten wollen und anspruchsvolle Arbeit suchen. Nur leider sind solche Jobs für Frauen in ländlichen Regionen eher rar. So sehr wir die Aussage begrüßen, dass die Gesellschaft es sich nicht leisten kann, auf die Potenziale von Frauen und Älteren zu verzichten, so sehr wissen wir auch, dass dies derzeit schwer umzusetzen ist“, gibt Präsidentin Scherb zu bedenken. Die Forderung nach mehr Erwerbsbeteiligung allein werde keine Änderungen bewirken. Stimmen müssten auch die Arbeitsbedingungen und das Umfeld, wozu beispielsweise die gleiche Bezahlung für Frauen und Männer, familienfreundliche Arbeitszeiten und permanente Weiterbildung im Job gehörten. Hier gebe es aber noch viele Baustellen. „Die Alterssicherungssysteme müssen endlich zukunftssicher gemacht werden. Dazu gehört auch die reelle Chance, sich aus eigener Kraft eine angemessene Alterssicherung aufbauen zu können“, so das Fazit der Präsidentin.

<http://www.landfrauen.info/unsere-themen/positionen.html>

V.i.S.d.P. Ursula Zimmermann